

Der Arbeiter

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle. Bezirk Merseburg

Das „Arbeiterblatt“ erscheint mit Beilagen. Es ist Publikationsorgan der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtlichen Organ verschiedener Verbände. Schriftleitung: Dr. Waltertrappe & Bernward-Rohlfach, Nr. 246/5, 246/7, 260/5. Persönliche Zustellungsmitteln mit dem von 13 bis 14 Uhr. — Inserententgelt einbezogen. Abonnententgelt ist bei den Adressaten beizubringen.

Bezugspreis monatlich 1.80 und 0.20 Mk. Subskribentenbezug, insgesamt 2.10 Mk. für Arbeiter monatlich 0.45 Mk. Volksubskribent 2.10 Mk. durch Volkboten ausgehelt 2.30 Mk. bei direkter Einlieferung an den Verlag 2.40 Mk. — Anzeigenpreis 13 Pf. im Umkreis und 80 Pf. im Restgebiet der Reichweite. Hauptvertriebsstelle: Dr. Waltertrappe & Bernward-Rohlfach, Nr. 246/5, 246/7, 260/5. Postfachkonto 2010 Erlurt.

Internationale Sozialisten-Konferenz

Die weiteren Beschlüsse der Berliner Tagung

Die Berliner Beratungen des Büros der Sozialistischen Arbeiterinternationale gäßen zum Schluß der Organisation einer Internationalen Sozialistischen Konferenz, die im Frühjahr von allen angeschlossenen Parteien bereits ausgeschrieben ist. Diese Konferenz, die die Aufgabe haben wird, die prinzipielle geistige Orientierung über die großen Probleme, vor denen die Arbeiterklasse heute steht, zu fördern, wird von einer Sitzung der Exekutive der S.A.I. in der zweiten Hälfte Februar in den Einzelheiten endgültig vorbereitet werden. Die Exekutive wird sich über Tagesordnung, Zeit und Ort der Konferenz schützlich zu werden haben. Das Büro hat in dieser Richtung vorläufige Empfehlungen an die Exekutive formuliert.

Am Anluß an die Sonntagsgaststunde über die internationale politische Lage beschäftigte sich das Büro am Montag besonders mit der Situation im Fernen Osten. In diesem Zusammenhang wurde auch über die japanischen, die die Reise der Spanner Sunji Suguti in der Presse hervorgerufen haben, folgende Feststellungen gemacht:

Das Bureau der S.A.I. hat von dem Vorsteher des Exekutivrats und mehreren Parteien Kenntnis genommen über die Reise von Sunji Suguti, die das Ziel der Propagierung der imperialistischen Politik der japanischen Regierung umzusetzen verfolgt.

Das Büro der S.A.I. erklärt, daß es nicht feststellen in der Lage ist, ob Sunji Suguti befragt ist, im Namen der neu gegründeten „Sozialistischen Massenpartei“ aufzutreten. Diese neu gegründete Partei ist nicht Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, ebensowenig wie die nun nicht mehr bestehende „Sozialdemokratische Partei Japans“ es war. Auch bei keine dieser Parteien jemals um die Aufnahme in die Sozialistische Arbeiter-Internationale angefragt. Das Büro der S.A.I. ist bei der Unterdrückung der freien Meinungsäußerung in Japan unter dem Kriegszustand gegenwärtig noch nicht in der Lage, festzustellen, welche Stellung die neu gegründete „Sozialistische Massenpartei“ in den Fragen der auswärtigen Politik tatsächlich einnimmt, es erklärt aber, daß es die Verleugung der Besichtigung der imperialistischen Eroberungspolitik Japans, die Suguti bei seinen Unterredungen in Europa versucht, auf das schärfste verurteilt. Das Büro erinnert an die Resolution der Exekutive der S.A.I. vom 20. Mai 1932, in der die Stillung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale gegen den Krieg im Fernen Osten und gegen die imperialistische Eroberungspolitik Japans festgelegt ist.

Am Laufe der Verhandlungen über die internationale Lage nahm das Büro auch zu den tragischen Ereignissen in Genf folgende Einschätzung Stellung:

Das Büro der S.A.I. nimmt Kenntnis von den Genfer Ereignissen vom 9. November 1932, spricht seinen Abstoß und seine Entrüstung über die brutale Schieberlei Schweißergewerkschaften auf, demontrierende Arbeitermassen aus, erklärt in der Verhandlung der Teilnahme eines demografisch gewählten Abgeordneten an den Verhandlungen des Parlaments durch den schweizerischen Nationalrat selbst einen Akt politischer R. G. und übermitteln den Opfern der blühwährenden Reaktion der Genfer und der Schweizer Bourgeoisie den Ausdruck herzlichster Sympathie.

Schleichers stiller Rückzug

Wieder in der Abrüstungskonferenz

Das Genfer Abkommen, das bis bereits im Vorlauf veröffentlicht, stellt nicht im entferntesten diejenige Anerkennung der Gleichberechtigung dar, die von den deutschen Regierungen Papen und Schleicher immer als unerlässliche Voraussetzung für die Rückkehr zur Abrüstungskonferenz gefordert worden war. Ganz, wie die herriert-Verklärung, die Gleichberechtigung als eines der Ziele der Konferenzen zu bezeichnen, sind sie nur eine der leitenden Grundzüge für die weiteren Konferenzarbeiten

erklärt, über dessen Auswirkungen auf der Konferenz insofern weiter verhandelt wird.

In der Erkenntnis, daß es vollkommen falsch gewesen wäre, der Abrüstungskonferenz weiter fern und damit in der völligen Isolierung zu verbleiben, hat sich die Reichsregierung bereit, mit diesem Kompromiß einen stillen Rückzug aus einer geräuschvollen Aktion zu vollziehen. Sie ist sich sicher im klaren darüber,

daß die Hauptfrage, nämlich die Durchführung des Grundgesetzes der Gleichberechtigung nach den von ihr aufgestellten Forderungen, bei jeder einzelnen Maßnahme noch viele Schwierigkeiten und Kämpfe stellt. Die französische Regierung konnte der Vereinbarung zustimmen, da je gerade

die Durchführung der Gleichberechtigung an die Erfüllung der Sicherheitsbedingungen geknüpft bleibt. Erreicht hat also die deutsche Regierung durch ihre Herbeibelastung nichts weiter, als daß Gleichberechtigung und Sicherheit gleichgeschaltet bleiben wie bisher auch.

Die Einigung auf der Genfer Fünfländerbesprechung ist insofern ein bedeutendes und erfreuliches Ereignis, als sie die Rückkehr Deutschlands in die Abrüstungskonferenz ermöglicht. Schon das allein ist ein wichtiges Ergebnis, wenn man bedenkt, daß die Konferenz seit dem Sommer praktisch lahmgelegt war, als die Regierung Papen beschlossen hatte, so lange an ihr nicht wieder teilzunehmen, bis nicht die deutsche

Gleichberechtigung grundsätzlich zugestanden werden würde. Der im September unternommene Versuch, ohne Deutschland weiterzubereiten, erwies sich sehr bald als unbrauchbar, weil die wichtigsten Beschlüsse in der Luft hingen, solange die Zustimmung Deutschlands fehlte.

Die Genfer Einigung ist aber auch aus einem anderen Grunde erfreulich: Sie entspricht zunächst den gefährlichen Vorlesung des Amerikaners Roosevelt auf zwei bis drei Jahre zu vertragen und sich einzuweisen mit dem Absicht eines sogenannten Vorvertrags zu begünstigen, der lediglich die überaus dürftigen bisherigen Teilergebnisse umfaßt hätte. Dieser Vorbehalt, der praktisch die Vertagung jeder ernsthaften Vertreibung auf den Sanftmuttereinstieg bedeutet hätte, ist abgemehrt.

Nazi-Krampf um Preußen

Ein ergebnisloser Besuch bei Hindenburg

Der Reichspräsident empfing am Montag in Gegenwart des Reichskanzlers den Reichspräsidenten des Reichstags Brüning und den Reichspräsidenten des Preussischen Landtags Reuß. Die Besprechungen galten dem Preußenkonflikt.

In letzter Zeit drängen die Nationalsozialisten

immer stärker zur Neuwahl der preussischen Regierung. Über er soll und soll Ministerpräsident werden. Aber er will und darf nach den Beschlüssen der Nationalversammlung nicht unter den Voraussetzungen, die vom Reich an die Kurfürsten der Preußenkommissionen geknüpft werden. Die Reichsregierung will das Kommissariat nur annehmen, wenn der neue preussische Ministerpräsident

als Ministerpräsident in das Reichskabinett eintritt. Auf diese Weise soll die Isolierung der Schleicher-Regierung durch die Nationalsozialisten erzwungen werden. Gegen diesen Zwang wenden sich die Nationalsozialisten. Man zu verhindern, war der Zweck der Unterredung mit Hindenburg. Allerdings ist diese Besprechung negativ verlaufen.

Hinter Nazifuliffen schwelt der Aufruhr

„Wenn die Kindlein sind im Dunkeln, wird bekommen ihr Gemüt und um ihre Angst zu bannen, singen sie ein lautes Lied“

„Gemaltiges Treuebekenntnis in Schlesien und Sachsen“, „Ereignis des Jahres Brandenburg“, „Es handelt sich jetzt darum, die Herzen zu behalten“, das sind die Welterbeschriften der Nazifuliffen, und das ist der ständig wiederkehrende Refrain in allen Artikeln und Reden vor den Nazifuliffen in allen Orten und Enden tagen am Sonnabend und Sonntag die „Amtswalter“, Hitler ralle von Berlin nach Schlesien und durch ganz Sachsen, Goebbels redet, Göring redet, und alle reden vom neuen Sieg und alle (schuren Treue! Und warum all dies: Weil Pap. Gregor Straßer wegen Enttarnung drei Wochen beurlaubt worden ist!

Nazi sein heißt Strammstehen und Maulhalten. Aber selbst der letzte politische SA-Schlingel wird immer über das Theater zu lachen, das die Hitler und Konstant vor den Nazifuliffen wegen eines „Aufruhrs“ begonnen haben.

Hinter den Nazifuliffen liegt es anders aus. De Dunkel der Kultur, und die Handlung wissen, daß es Hitler angst und bang geworden ist. Deshalb gaulte er in Schlesien und Sachsen den „Amtswalter“ wieder einmal den Nazifuliffen

Sieg vor. „Wenn ich mit dieser Bewegung anfrete“, hörte er in seinen Verammlungen, „so weiß ich, daß ich mit ihr liegen werde“, und Goebbels wackelte sich zu dem Satz: „Man wird später einmal nicht danach fragen, ob wir im November oder Dezember 1932, oder erst im Januar oder Februar 1933 zur Macht kamen!“

Es muß schlimm aussehen in den Braunen Häusern, wenn die Djafo in den Stül und auf die Anreizerei des billigen Satob herunterkommen, um die Schaffeln bestimmen zu halten, und wenn Hitler in Breslau logor mit dem alten Fritz verplö, „dem trotz schwerer Schicksalschicks niemals der Gedanke an Kapitalisation gekommen ist. Die Größe und die Stärke der Freuenarmee, die auch ein Samersdorf zu ertragen wüßte, waren nicht die Tage des Glücks, sondern des Unglücks. Aus zwölf Schlägen ist noch keine Arme härter herausgekommen, als sie hineinging.“

„Wenn die Kindlein sind im Dunkeln, wird bekommen ihr Gemüt, und um ihre Angst zu bannen, singen sie ein lautes Lied“, bißte

Heinrich Heine. Kein anderer Sinn und Zweck steckt hinter den geschobenen und immer wiederholenden Worten von Hitler und Goebbels. Im gleichen Atemzug, das die Herren die Machtübernahme für den Monat Februar oder März 1933 anftinden, bekommen sie, daß sie gefangen sind. Im gleichen Saal von Breslau, wo das „gemaltige Treuebekenntnis“ zu Hitler erfolgt, droht der Vondesintener Brücken: „Der Gau Schlesien erreicht den Augenblick, wo Gregor Straßer wieder die Möglichkeit bekommt, Adolf Hitler zur Seite zu stehen, damit er eine Kraft hat, auf die er sich zwischen Polen und Litauen verlassen kann!“ Goebbels muß im Berliner Nazibüro eine Erklärung veröffentlichen, in der er die Besichtigung Gregor Straßers zurücknimmt. Das ist die Schriftlei der Treueföhne, und das ist das Bild hinter den Nazifuliffen!

Hinter dem „Aufruhr“ von Straßer schwelt die Rebellion und der Aufruhr, und Gregor Straßer zurückholen, das ist die offene Kapitalisation und das Kompromiß mit Schleicher.

Rußland und China

Wiederaufnahme der gegenseitigen Beziehungen

Eigener Bericht

Genf, 12. Dezember.

Der russische Außenminister Litwinow und der chinesische Vertreter Ben haben am Montag durch Austausch der diplomatischen und konsularischen Beziehungen, die 1929 durch die chinesische Zentralregierung abgebrochen worden waren, in Kraft gesetzt. Dem Abschluß dieses Vertrages im August des Beginn einer Verständigung des Völkerverbundes zwischen China und Japan wird eine sehr große Bedeutung beigelegt. Litwinow bringt den Kommissariat bei dieser Ge-

legenheit in einem Kommuniqué gegenüber Amerika und England in empfehlende Erinnerung. Nur wenn alle Staaten, sagt er darin, wieder normale Beziehungen unterhalten, könne von einer wirtschaftlichen internationalen Zusammenarbeit für den Frieden, von internationaler Einhaltung von Friedensverträgen und Liebereintommen sowie von der Schöpfung anerkannter autoritärer universeller Organisationen gesprochen werden.

Fortgesetzte Kammerdebatte

Noch keine Entscheidung des französischen Parlaments

Die französische Kammer hat sich am Montag noch nicht über die Schuldentilgung an Amerika ausgesprochen, sondern einer fast dreißigstündigen

Rede Herriola, in der der Befehl der Regierung, die am 15. Dezember fällige Rate an Amerika mit Vorbehalten zu zahlen, begründet wurde, die Fortsetzung der Debatte auf Dienstag nachmittag beschlossen.

Das französische Kabinett hat mit Genehmigung von der in Genf zustandgekommenen Einigung in der Gleichberechtigungfrage Kenntnis genommen und Kriegsminister Paul Boncour telegraphisch seine Glückwünsche übermitteln. Die meisten Pariser Zeitungen begrüßen gleichfalls die Klärung, wenn auch nicht als ideale Lösung, so doch als ehrlichen Kompromiß. Die Rechtspreffe verurteilt sie dagegen, weil durch die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung die Aufhebung der militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrags, in die Wege geleitet und die militärische Macht Frankreichs ohne Erhöhung der Sicherheit verringert werden würde.

Die „nationalen“ Moralafstelen am Dranger 40 Millionen Untermenschen?

Von Philipp Scheidemann

Die Nazis sind Untermenschen (Schlagw.). Vaterlandsverrat ist ihre Spezialität. Jeder politische Gegner der NS. wird als Verräter und Vorkämpfer der roten Weltanschauung betrachtet. Das Zentrum steht für die nationalsozialistischen Monatshefte zusammen aus torporen Bauern und Pfälzern, notorischen Verbrechern und Betrüggern, die bei Propaganda mit geschlichen Berogen in den schmierigen Finten einzufließen. Die Deutschnationalisten des „Jugensangs“ sind erbärmliche Verdräcker und Exzeptionäre. Die Nazis haben ihnen die richtige Bestimmung mit Stuhlweiden zuzubringen. Die deutschnationalen Stuhlweiden sind die Nachtwächter der Reaktion. Es bleiben die vielen Exzesspartei und die Herrschenden im Dingen: das sind die jüdischen Verwandten des Jugensangs. Wo alles Gade wie Hofe.

Wir fügen hinzu, daß der Oberst Hiltner in seinem Schmäher „Mein Kampf“ die Journalisten außerhalb seines Nämlichen Reichs ganz allgemein als Pöbelstumpen, geistlose Anrüchler, Durschen, Spießgesellen, Lumpenpoas, Strochse, schandhafte Zinnschneide und Bettelweiser bezeichnen. Demnach weiß man also Bescheid; zwei Drittel des deutschen Volkes sind nach Auffassung der Nazis Bundesverräter, Lumpen, Schiffe und Strochse.

Es bliebe demnach ein besseres Drittel der deutschen Völkes übrig, nämlich die Nazis. „Man erkennt sie am blauen Auge, am treuherzigen Blick, auch wenn sie feierliche Abgebende haben.“ Dieses Drittel des deutschen Volkes steht sich zusammen aus Edelmännern aller Geschlechter. Von hier aus rekrutiert sich die Herrenschicht, die sich darüber klar ist, daß sie auf Grund ihrer besseren Rasse das Recht hat zu herrschen und die diese Herrschaft über die breite Masse rechtlich aufrechterhält und sichert (Hiltner zu Otto Strochse).

Am der Spitze dieser Herrenschicht stehen als dem Führer Hiltner, den Professor Oberst als oberster Richter in Rasse befinden hat, die Oberste, Hiltner, Rosenberg, Wiedemann, Röhren und andere solcher Güte. Treulich gibt es schon bei den Spitzelkreisen Qualitätsunterschiede. So wird die Kaiserreichs des Herrn Josef Oberste selbst im engeren Kreise angesehen. Man hat um ihn zu entscheiden gesagt, daß er „mittelwertlichster“ Auswammung sei. Das ist wertlich auch der Stuhlweidenführer Duesterberg, unter dessen Doretten die ehrenwerten und klangvollen Namen Abraham und Heint sein Sellenheit heissen sind.

Der ehemalige Hauptmann Röhren, jetzt Stabschef und besonderer Freund des Oberstals Hiltner, erscheint dem nordischen Rosenberg nicht ganz solcher, deshalb schildert er diesen Röhren wiederum in einem Briefe an den gleichartigen Dr. Heimsoth als einen bösehaften „Moralafstelen“. Daß ein solcher von den Röhrenern genau so zu bekämpfen ist wie der § 175 ist selbstverständlich.

Im Gegenjah zu den bereits gekennzeichneten zwei untermenschlichen Dritteln des deutschen Volkes ist der große Haufen des Nazivölkchens prima prima! Als im Reichstag 1931 über die Aufhebung der Immunität verhandelt wurde, stellte es sich heraus, daß die Nazis- und Staatsanwälte sich am meisten für nationalsozialistische Abgeordnete interessieren. In keinem einzigen Falle handelte es sich übrigens um eine Handlung, die ein Abgeordneter im Reichstag selbst oder in seiner Eigenschaft als Abgeordneter begangen hatte. Von allen 400 Anträgen auf Auslieferung zur Strafverfolgung entfielen, abgesehen von den Kommunisten und Nazis, auf sämtliche übrigen Parteien zusammen nur 16 Fälle! Bei den Nationalsozialisten handelte es sich in der Hauptsache um Beschimpfungen der Republik und politischer Gegner. Die Aufhebung der Immunität wurde verlangt bei den Angeklagten Cooper in 10 Fällen, Feder in 12 Fällen, Wagner in 13, Goeßels in 24, Münchinger in 27, Strocher in 30, Koch in 34 und Buch in 39 Fällen. Wenn das nicht vorbildliche Volkserzieher sind, wer weiß bessere!

Damit alle nationalsozialistischen Parteigänger wenigstens etwaa gründlich und ungefragt lesen und tun können, was sie mögen werden für sie Freundschaft der langen Messer verlangt. Allerdings müssen sie, solange diese Freundschaft noch nicht geknackt sind, für ihr Tun aufpassen, sobald man sie schlagen, fesseln oder schreien erwünscht. Das mußten bekanntlich auch die Nazis der besseren Rasse in Palenka erleben, die zum Tode verurteilt werden mußten, weil sie so häufig nach sorgloser Beratung eines jungen Menschen im Bett überfallen und in bestialischer Weise vor den Augen seiner alten Mutter ermordet haben. Der Oberst Hiltner oder seine Kameraden, mit denen er sich in unangelegener Szene verbunden hätte.

Er telegraphierte seinen Kameraden ins Gefängnis: „Eure Freiheit ist von heute an ein Frage unserer Ehre.“ Falls demnach Herr Hiltner wirklich einmal „die ganze Nacht“ schlafen sollte, so wird die Freilassung dieser Vorbesten eine seiner ersten Taten sein.

IV.

Immer wieder wird die Frage aufgeworfen, wie es möglich sei, daß einer solchen Partei, trotz der Abwanderung von Millionen binnen weniger Monate, immer noch mehr als 11 Millionen Wähler ihre Stimme geben konnten. Die Antwort ist nicht schwer: unter Volk ist keine Feinde krank und verzweifelt. Millionen ungeheurer Menschen, die keinen Ausweg sehen, fallen auf die Sprünge der rabidischen Parteien von links und rechts hinein und greifen, wie der Ertrinkende, nach dem Strochalm. Da die Oberstalten um Hiltner ihre Zustimmung

haben und ungeduldeten betreiben konnten, weil ihnen die Kassenkammern des Reichspostals zur Verfügung standen, war der Zustand bei ihnen am größten. Daß gerade ihnen jetzt die Massen am schneidsten wieder davonfallen, ist begrifflich, denn die Enttäuschung mußte um so größer sein, je größer das Tun der Nazis im Widerspruch steht zu ihren Bepredungen.

Nirgends ist die Angst am Hitler-Lager größer als dort, wo sie zur Macht gekommen waren und sich nach Herzenslust ausleben konnten: in Braunschweig, in Mecklenburg, in Ostenburg, in Anhalt, in Thüringen. Es scheint demnach auf den ersten Blick gar nicht so uneben zu sein, wenn Politiker mit weniger Erfahrung

die Ansicht äußern, daß man die Nazis überall „mal ran lassen sollte“. Dennoch ist das falsch. Zwar wirtschaftlich ist es nicht so schlimm, aber die Feinde sind überall, jedes Land und schließlich das Reich selbst. Wirtschaftlich und politisch in Grund und Boden wirtschaften, noch bevor ihnen das Handwerk wieder gerettet werden kann.

Darunter hätte man das ganze Volk zu haben, nicht nur die Anhänger des Oberstals. Deshalb ist doch wohl die Zeit richtig, die darauf abzielt, die Nazis nicht erst „mal ran“ zu lassen. Diese Zeit muß es sein zur Pflicht, unermüdet jeden Tag von neuem die Nazis in ihrer ganzen abstrusen Unethik zu demontieren.

Erinnern wir uns an den römischen Senator, der immer wieder jede seiner Reden schloß mit den Worten: „Am übrigen bin ich der Meinung, daß Karthago zerstört werden muß.“ Im Kampfe gegen die Nazis sind wir wie die Karthager. Dabei darf nicht vergessen werden, das Verbot der Kommunisten in gefährlicher Weise zu kennzeichnen. Niemals hätte die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland die große Bedeutung erlangen können ohne das abenteurliche Treiben der Kommunisten.

Winterhilfe den Notleidenden

Beratungen im Haushaltsausschuß — Sozialdemokratie führt!

Der Haushaltsausschuß des Reichstages trat Montag zu seiner ersten Arbeitssitzung zusammen, um über die ihm übermittelten Anträge zu beraten. Abg. Aufhäuser (Soz.) berichtete über die Beschluß des Sozialpolitischen Ausschusses zur Winterhilfe, die auf der Grundlage des sozialdemokratischen Antrages aufgebaut und einstimmig angenommen worden sind. Dabei machte er im Auftrage des Sozialpolitischen Ausschusses darauf aufmerksam, daß der Reichstag bei der Aufhebung des Sozialpolitischen Teiles der Reichsverordnung vom 4. September den Willen gehabt habe, damit auch die lohnpolitische Ausfüh-rungsverordnung vom 5. September mitaufzuheben. Es seien Zweifel aufgetaucht, ob jener Beschluß von der Reichsregierung in diesem Sinne verstanden worden sei. Deswegen sei es notwendig, daß durch eine Erklärung durch die Regierung erfolge.

Der Reichsarbeitsminister Sprun antwortete darauf, die Regierung sei grundsätzlich bereit, die Lohnverordnung vom 5. September aufzuheben.

Die technische Durchführung erfordere aber noch eine Sonderberatung, die am besten noch heute durch einen Austausch des Haushaltsausschusses erfolge. Abg. Grostrowski (Soz.) begründete einen sozialdemokratischen Ergänzungsantrag, der eine feste Umschreibung der Winterhilfe verlangte. Er beantragte die Lieferung von zwei

Kilogramm Brot und einem halben Kilogramm Fleisch wöchentlich sowie mindestens zwanzig Zentner Kohlen für jeden unterzuliefernden Haushalt. Diese Mindestleistungen seien auch nötig, um der Zerstörung der Volksgesundheit vorzubeugen. Das Ansteigen der Zuckerrubel zeige dringend, wie nötig schnelle und sofortige Hilfe sei. Es müsse vor allen Dingen Sorge dafür getragen werden, daß die zur Verfügung stehenden Mittel unmittelbar an die Gemeinden verteilt würden, damit die Händler und andere Stellen durch künstliche Verzögerung der Auszahlung die unmittelbare Hilfe nicht in Anspruch nehmen können. Es gelte das Wort: „Wer schnell hilft, hilft doppelt.“

Zur Debatte sprachen weiter nur ganz kurz je ein Vertreter der Deutschnationalen und der Kommunisten. Die Nationalsozialisten schwiegen!

Ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums berichtete nochmals über die schon genannten Bemühungen, wie im Vorjahre die Produzenten, die Arbeitslosen, Großhandel und Einzelhandel zur verbilligten Verfügungstellung und Transportierung von Rohstoffen und Waren zu bringen. Es seien schon 2,8 von 3,0 vom Kohlenfondus, von der Reichsbahn usw. erfolgt. Wie weit und wie hoch diese Leistungen gehen könnten, müßte aber örtlich entschieden werden. Bei der Verbilligung des Fleisches für die Hauptunterzuliefernden empfänger aber wird durch das Reich selbst eingegriffen, und zwar im Umfang von zwei Pfund monatlich um je

20 Pf. unter dem Tagespreis. Körperliche Familien sollten das doppelte Quantum verbilligten Fleisches erhalten. Im übrigen werde die freie Preisgestaltung, die im Vorjahre schon so erfolgreich gewesen sei, von der Reichsregierung weiter lebhaft unterstützt werden.

Reichsfinanzminister von Krosigk erklärte die sozialdemokratischen Deckungsvorschläge für die Winterhilfe, die vom Sozialpolitischen Ausschusse einstimmig angenommen worden sind.

Er meinte, die angegebenen Finanzquellen reichten nicht aus (Aufhebung des Vermögenszwanges für Erbschaften und damit Reichseinnahmen aus Erbschaften, Wiedererhebung der Ausgabebudgets für Ministerialämter, Kürzung der Steuerzuschüsse des Kohlenverbrauches, Benutzung des Marktstützungsfonds des Reichsernährungsministeriums).

Abg. Gersch (Soz.) stellt demgegenüber fest, daß der sozialdemokratische Antrag beanspruche für

Brot 70 Millionen Mark,
Kohlen 70 bis 80 Millionen Mark,
Fleisch 40 Millionen Mark.

Die Deckungsvorschläge reichten für jene Ausgaben aus. Die Reichsregierung habe erst kürzlich wieder 100 Millionen Mark für die Kriegsausgaben zur Verfügung gestellt. Sie solle entsprechend der Erklärung des Staatssekretärs Brand im Plenum endlich einmal sagen, wieviel Mittel sie zur Verfügung stellen wolle.

Die Junkpartei

Der Vernehmlichrichter im Berliner Polizeipräsidium erklärte gegen die vor einigen Tagen festgenommenen kommunistischen „Schwarzfischer“ Marx, Kern und Schmidt halbtägig wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gehehe und wegen des Vorgehens gegen das Fernmeldegeheimnis.

Stuttgarter Gewerkschaftsausschuß

Eigener Bericht

Stuttgart, 12. Dezember.

Der Stuttgarter Gemeinderat beschloß am Montag die Lebernahme einer Bürgerschaft in Höhe von 1,1 Millionen Mark zur Vollendung des im Bau stehenden neuen Gewerkschaftshauses. Der Beschluß wurde mit 28 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, des Zentrums, des Christlichen Volksbundes und der beamteten Stadträte gegen 22 Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen, der Volkspartei und der Deutsch-Demokratischen Partei gefaßt.

Lohnraubversuch eines Nazis

Eigener Bericht

Marburg a. d. Lahn, 12. Dezember.

In einem Walde in der Nähe von Wiedentrop wurde ein im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigter Arbeiter, der Lohngehebe gebolt wurde, angefallen. Er setzte sich energiglos wehr, wurde aber mit einem Kettmesser erheblich verletzt. Es gelang dem Überfallenen „Hilflos“ mit den Lohngehebigen zu flüchten. Er wurde nach Marburg in eine Klinik gebracht. Der Täter wurde später von vier Arbeitern gefaßt und der Polizei übergeben. Er gehörte bis vor kurzem dem Stahlhelm an und hat in den letzten Tagen bei den Nazis Aufnahme gefunden.

SPD-Bürgermeister in Elmshorn

Eigener Bericht

Elmshorn, 12. Dezember.

Die Stadtverordneten wählten den sozialdemokratischen Stadtrat Peterjen zum Bürgermeister.

Die Wahl ist insofern bemerkenswert, als ihr Ergebnis nur möglich war, weil der kommunistische Reichstagsabgeordnete Ziegenfuss, der zugleich auch Stadtbürgermeister ist, im zweiten Wahlgang für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmte und auf diese Weise Stimmengleichheit herbeiführte. Das BS entschied dann für den Sozialdemokraten. Würden die Kommunisten in anderen Städten ähnlich operiert haben, dann bestände Schleswig-Holstein eine ganze Reihe von Bürgermeistern, die aus der Arbeiterklasse hervorgegangen sind.

Die Chefrau erstickt!

Das Schwurgericht I Berlin verurteilte am Montag nach ganzjähriger Verhandlung den 35jährigen Maurer Alwin Schmidt, der am 6. November dieses Jahres seine Chefrau in einem Waldstück durch zahllose Messerstiche tötete, wegen versorgten Verleumdens und wegen vollendeten Totschlags zu sieben Jahren Gefängnis.

Das brennende Schiff

Im Golf von Mexiko (südlich von Cango) brach auf dem columbischen Küstenbampfer „Mirato“ Feuer aus. Das Schiff sank nach kurzer Zeit. Die meisten Passagiere kamen ums Leben; vermutlich sind viele Häftlinge zum Opfer gefallen.

Verhaftete Falschmünzer

In Köln wurden vier Personen festgenommen, die falsche Fünfmarkscheine hergestellt und in Verkehr gebracht haben. Herstellungsgeräte und Fertigungslabiriate wurden in der Wohnung eines der Verhafteten beschlagnahmt.

Im Schwach überfahren

Im Untertagebetrieb der Bodumer Zeche „Einwand“ wurden zwei Bergleute von einem Eisenwagen, dessen Signale sie überhört hatten, überfahren. Einer der Bergleute erlag nach kurzer Zeit seinen Verletzungen.

„Schwaffer“

Auf der Elbe in der Nähe von Hohenmühle wurde ein Schiffsbühnen, der 4000 Zentner Judder odelen hatte, von einem Motorbampfer gerammt. Der Bootmann sank nach kurzer Zeit.

Hiltner trommelt

Die Nazis wollen das Volk weiter belügen und betrügen

Welchen Eindruck die Rebellion Straßers auf Hiltner gemacht hat, weiß von den Zuhörern niemand. „Der Führer“ fährt genau so wie ehedem durchs Land, er spricht dieselben gedankelarmen Sätze, wie wenn er aus seiner Partei im November und Dezember nicht erstickt hätte. In Dresden, wo er wollte, sagte er, nach dem „Berliner Tageblatt“, u. a.:

„Die anderen brauchen unseren Namen, unsere Kraft und Stärke. Sie können das haben, gut, wir verlangen aber dafür die Macht, Zug um Zug. Die Regierung von heute, die Regierung ohne Volk, gleicht einer belagerten Festung. Wir gehen in diese Regierung hinein, aber nur dann, wenn die anderen hinausgehen.“

Das alte Mittel der Propaganda, mit dem die Partei unter der Gunst der äußeren Umstände groß geworden war, ist Hiltners einziger Gehalts, wenn die Partei in politische Schwierigkeiten kommt oder ihre inneren Risse nach außen sichtbar werden. Sein Talent erschöpft sich im Trommeln, aber er sieht nicht, daß das Trommeln schon seit dem 13. August nichts mehr gebracht hat, daß die Wähler davon genug haben und endlich etwas anderes zu hören bekommen wollen.

„Der Angriff“ veröffentlicht folgende Erklärung von Dr. Goebbels: „Im Kommentar des „Angriff“ vom 9. Dezember, erste Ausgabe, zu dem Urlaub des Pp. Strochse waren einige hinfällige Bemerkungen enthalten, die nicht meine Billigung fanden. Da ich am ganzen Tag vom frühen Morgen an im Reichstag beschäftigt war, habe ich es erst zu spät bekommen, als sie leiser schon gedruckt waren, und sofort veranlaßt, die in der zweiten Ausgabe wegzulassen. Dem dafür verantwortlichen Schriftleiter habe ich eine scharfe Note erteilt. Die in der gegenwärtigen Ausgabe enthaltenen politischen Kommentare gehen damit, vor allem, soweit sie meine Verlan betreffen, von falschen Voraussetzungen aus und sind in jeder Beziehung irrig. Ich betone, wie so oft schon, nur noch einmal zu allem Überflus, daß ich in der Partei keine besondere Achtung verleihe. Es gibt bei uns überhaupt nur eine Achtung, und das ist die, die der Führer bestimmt.“



Kampfmänner

Die Wirtschaftslage macht sich in allen Branchen bemerkbar, auch bei den Kampfmännern. Die Waren von jeder dem Verkauf und der Herstellung durch Kinder überlassen, die sie in ihrer freien Zeit schmitten, gebleicht und geknetet haben. Welche Hoffnungen mögen diese Arbeit begleitet haben und welche Berechnungen mögen angestellt worden sein über die Bewertung des Gewinns.

Aber: Kampfmänner gehen dies Jahr sehr schlecht und man kommt dabei zu nichts. Auch die Tatsache, daß die Preise gegenüber dem Vorjahre stark „abgebaut“ sind, vermag das Geschäft nicht zu beleben. Nur ganz selten mag einer einen Fünfer opfern für einen Kampfmännchen und manches Aufschloß von gutem Gewinn ist schon längst zerfallen worden.

Zu sehen die Kinder, in der Großen Wirtschaft und anderswo, mit ihrem kleinen Korbchen, der dennoch nicht alle werden will. Man sieht den Jungen und Mädchen an ihren kleinen Händen und Gesichtern an, wie sie in der Kälte frieren bei ihrer viel zu dünnen Bekleidung. „Fünf Pfennig der Kampfmännchen“, rufen sie immer wieder, oder von 50 Aufforderungen verfallen 49 ungehört. Viele geben, wenn sie abends bestrohen nach Hause kommen, das Rennen auf, andere treten an ihre Stelle. Und Weichnaden trennen uns ja noch etwa zwei Wochen und sie haben die Hoffnung, daß bis dahin doch etwas Leben in ihr Geschäft kommt und sich doch ein Betrag erübrigen läßt, mit dem sie ihren arbeitenden Eltern helfen können.

Wir drücken für sie den Daumen, daß das Geschäft mit Kampfmännchen angelaubt wird.

Autarkie für Blüdhorn

Eine Selbsthilfskammer in Halle verleiht auch ein Sort-Brot, das in einem Kapitel wird darin gefordert, die etwa 10 Sorten eines Loges eines Reichsbannerkolonne anmarschieren lassen. Sie wollen sie sich einen bekommen. Mit leihen. Demnach zum nächsten Ostern und jeder Mitgliedschaft laßt sich eine Banane. Diese präsentiert man und ließen die Reichsbannerkammer (Reichsbanner) unter dem Schutze des Schutzamtes an uns vorbeimarschieren.

Das sollte so etwas wie politischer Witz sein. Aber weit mehr davon hätte ein Leser, der bis dahin immer Kritiken gegen den Weg ausländischer Waren gehört hatte und nun lesen mußte, daß auch die SA-Männer sich des Kaufes von Bananen rühmen. Ergänzt schrieb dieser Leser an den Rand dieses Kapitels: „Ihr Schweinebande, kauft deutsches Obst!“

Gläubigerschutzverband gegen NSDAP

Der deutsche Weg, die Rettung der Kapitalklassen, welche die Deutschsozialistische Partei finanziert, vertritt sich eine Mitteilung, daß sich ein Gläubigerschutzverband gegen die NSDAP gebildet hat.

Wie wir hören, soll der Zutritt zu dieser etwas originellen Vermögensgegenstände sehr beschränkt sein. Ein Zeichen, wie wichtig die NSDAP wenigstens in einem Punkte war.

Steuerkarten abholen. Der Magistrat macht heute im Angelegenheit darauf aufmerksam, daß Steuerkarten für 1933 in den Polizeireviere abgeholt werden müssen.

Sind Mieter zweitklassige Staatsbürger?

Die Forderungen der Mieterschaft an die neue Regierung

Von Monat zu Monat verschlechtert sich die Lage der Mieter. Immer schwerer wird es den Millionen deutscher Familienväter, den Mietzahlungen nachzukommen. Kein Wunder, daß sich die Mietrückstände und Mietausfälle häufen und brutale Ermittlungen an der Tagesordnung sind — kurz, Not, Jammer und Verzweiflung sich ausbreiten. Die Dinge können und dürfen nicht so weitergehen. Das ist die Meinung der Sozialdemokratie, das war auch die Auffassung des Vorstandes des Reichsbundes Deutscher Mieter, der sich am Sonntag mit der katastrophalen Lage weiter Kreise der deutschen Mieterschaft befaßte. Der Reichsregierung werden die in der Enfschliffung vom 18. September aufgestellten Forderungen nochmals eindringlich in Erinnerung gebracht:

In erster Linie ist eine sofortige weitere Senkung der Mieten, insbesondere der Mietmiete unbedingt notwendig, wenn die Bevölkerungsentlastung weiter Kreise der Wohnraum- und Geschäftskammern nicht zur Entscheidung kommen soll. Ebenso dringlich ist die schleunige Schaffung eines wirksamen Ballungsstellenwesens für diejenigen Mieter, die infolge ihrer wirtschaftlichen Notlage die Miete nicht mehr in vollem Maße aufbringen können.

Die Mieterschaft fordert ferner den allseitigen Erfolg einer Notverordnung, durch welche das Reichsmietengesetz, das Reichsrentengesetz und das Wohnungsmietengesetz infolge der anderen bestehenden Wohnungsgesetze ab dem 1. April 1933 hinaus verlängert werden. Der Grund, daß vielen Mietern von den Hausbesitzern unter Hinweis auf die kurz bevorstehende Beendigung des Mietverhältnisses unrichtige Vertragsbedingungen aufzugesungen werden, darf nicht länger andauern.

Auch die Schaffung eines sozialen Miet- und Wohnrechts als Dauerrecht ist unaußerschiebbar geworden, weil die Mieter freigegebener Räume eines erweiterten Mieterschutzes gleichfalls bedürfen. Schärftester Protest erhebt der Gesamtverband des Reichsbundes Deutscher Mieter nochmals gegen die dem Hausbesitz gegenüber getriebene Lebenslagenpolitik.

Der notverordnete Abbau der Hausinspektoren auf allen Gunsten des Hausbesitzes, die Millionenengruppe an den Hausbesitz zur Ausübung von Reparaturen sowie die Genöhrung von Steuerzuschüssen auf die Grundvermögenssteuer haben den organisierten radikalen Hausbesitz keineswegs befriedigt, sondern nur seine Geduldihten geheitert. Jetzt verlangt der Hausbesitz neue Millionenengruppe für Instandsetzungen und die Aushebung der Steuerzuschüssen auf die Hausinspektoren. Demgegenüber fordert die organisierte Mieterschaft die Einsetzung der Lebenslagenpolitik und eine reichsgerichtliche Vorfrist dahingehend, daß die den Hausbesitzern gegebenen Steuerzuschüsse den Mietern auf ihre Mietzahlung angerechnet werden. Eine entschiedene Förderung des Kleinwohnungsbaues

ist zur Minderung der Arbeitslosigkeit und zur Bindung der Wohnungsnot unerlässlich. Dem Verfall der Häuser und der Wohnräume muß dadurch begegnet werden, daß der Hausbesitz durch wirksame reichsgerichtliche Vorfristen gezwungen wird, den in der Miete enthaltenen Anteil für Instandsetzungsarbeiten mit jährlich rd. 1 Milliarde Mark auf für diesen Zweck reiflos zu verwenden. Das ist jährlich das Vierfache des durch den 60-Millionen-Fonds erhaltenen Kapitalvermögens für die Beschäftigung des Bauhandwerkes.

Der Abbau der Hausinspektoren

zum alleinigen Nutzen des Hausbesitzes muß wieder beseitigt und der Entschuldigungsverdienst des Hausbesitzes reiflos für die Zwecke der Wohnungswirtschaft erfaßt werden. Siehegaben an die Befehlshaber, die besonders unrichtig in einer Zeit, in welcher weite Kreise der besetzten Bevölkerung nicht einmal das Notwendigste zum Leben haben.

Im Hinblick auf die Eingabe des Zentralverbandes Deutscher Haus- und Grundbesitzervereine vom 5. Dezember an den Reichstagsrat richtet der Gesamtverband des Reichsbundes Deutscher Mieter an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, vor weiteren Maßnahmen auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft nicht nur — wie in den letzten Jahren leider üblich — die

SPD., Ortsverein Halle

6. Ortsbezirk. Am Donnerstag, den 15. Dezember, abends 8 Uhr im Lokal „Zurmer-Grünstraße“, Mitgliederversammlung und vollständiges Erscheinen ist Pflicht.

Erwerbslosengemeinschaft der SPD.

Donnerstag, den 15. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im kleinen „Volkspost“-Saal: Unterhaltungsprogramm für die erwerbslosen Mitglieder der SPD. Mitwirkende: „Volkspost“, Dichter und Kote Kolonne. Eintrittskarten zum freien Eintritt im Parteisekretariat.

Billiges Brot für Erwerbslose und sonstige Hilfsbedürftige

Außer den bereits bestehenden Verteilungsstellen ist ab heute, Dienstag, eine neue Verteilungsstelle in der Dessauer Straße 86 bei Frau C. eröffnet worden. Es wird abgegeben: 3-Pfund-Hoggenbrot 38 Pf., 3-Pfund-Rommelfrost 40 Pf.

Die Ausstellung Bild und Buch

der Naturfreunde Bild (Zeigergasse 50) wird verlängert bis Mittwoch abend.

Vertreter des Hausbesitzes, sondern auch die betroffenen Vertreter der Mieterschaft zu hören.

Die Mieterschaft wehrt sich entschieden dagegen, als Besiedlungsstelle minderen Rechts behandelt zu werden.

An die Bevölkerung von Halle

Arbeiter, Klassengenossen, Gewerbetreibende, Mittelständler, Angestellte und Beamte.

Seit dem 8. Dezember stehen die hallischen Kraftloshändler im Streit. Wir zeigen uns gegen die Lohnbaupolitik der Vereinigung zur Förderung des öffentlichen Verkehrs. Mit 15 bis 20 Wk. Wochenlohn bei einer Arbeitszeit von 72 bis 80 Stunden pro Woche müßten wir langsam herzugehen. Wir waren deshalb zum offenen Kampf gezwungen.

Recht und Gerechtigkeit und Sympathie in unserem schweren Kampf! Die Unterstützung kann und muß werden, wenn diejenigen, die bisher Kämpfe von Kraftloshändlern waren, sich nicht dazu gedulden lassen, daß Arbeiterkämpfer die Führer werden. Kein rechtlich bestehender Mensch führt in diesen Streitigkeiten. Unseren Kampf unterstützen heißt den eigenen Kampf gegen die herrschende Klasse und Reaktion führen.

Zum Beweis, daß unser Kampf berechtigt ist, geben wir hiermit bekannt, was selbst ein „Arbeiterkämpfer“ die Führer werden. Kein rechtlich bestehender Mensch führt in diesen Streitigkeiten. Unseren Kampf unterstützen heißt den eigenen Kampf gegen die herrschende Klasse und Reaktion führen.

haben, daß die Drohde nicht von einem hungrierenden Kraftloshändler gefolgt wird, sondern die Widerstand nicht nur des „Arbeiterkämpfers“, sondern auch der übrigen Mitmenschen gegeben ist. Wir erwarten allseitige Solidarität!

Reichsverband der Berufskämpfer. Die Streikleitung.

Brauereiarbeiter kampfbereit

Wie schon berichtet, haben die Arbeiter für das Brauergewerbe den Mantelstreik gekündigt. Im Regierungsbezirk Merseburg wurde hierzu ein selbständiger Arbeiterverband in Halle gegründet. Dieser hat sich zur Aufgabe gemacht, besonders Beschäftigten für die Arbeiter einzuführen. Die bisher stattgefundenen Verhandlungen haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Die Beschäftigten der Engelhardt-Brauerei haben einen Bericht des Verbandes der Brauereiarbeiter und Getränkearbeiter entgegen und läge einleitend folgende Entschlüsse:

Die am 12. Dezember vorgenommene Beschäftigtenversammlung stellt sich hinter den Beschluß der Entschlüsse vom 4. Oktober 1932 und beschließt, jeden Anschlag der Unternehmer auf den Lohnvertrag mit dem sofortigen Kampf zu beantworten. Die Kollegen der übrigen Brauereien im Bezirk werden aufgefordert, sich diesen Beschluß zu eigen zu machen.

Joseffi-Juno

eine Wortverbindung, die seit Jahrzehnten für Millionen Raucher eine Höchstleistung der Zigaretten-Industrie bedeutet.

In dieser Marke hat der Qualitätsgedanke einen beispiellosen Erfolg gezeitigt, gerade weil sie auf Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine und Stickerien bewußt verzichtet.

Joseffi-Juno ein Name von Klang!



Gemeindevertretersitzung in Leuna

Don Luischotte auf Eroberungen - Arbeit und Eigenheim

Krieg oder Frieden?

Wie einbrennende Feuerbälle im Geleiste. Das Arbeiterpartei- und Kulturkollaborat... Das Arbeiterpartei- und Kulturkollaborat...

Es war eine recht umfangreiche Tagesordnung, die es gestehen aber für die Gemeindevertreter zu erledigen galt. Gleich im Anfang der Sitzung...

Mit Genehmigung nahm Gemeindevertreter Cornelis die Tagesliste feststellen zu können, daß die Verwaltung...

Uebersicht von 719,17 M. ergibt. Doch hatte der Herr Gemeindevorsteher die Rechnung in dem höchsten Sinne des Wortes - ohne Don Luischotte gemacht...

In Leuna viel Erwerbslose gibt, die nur schwer oder überhaupt nicht die Rente aufbringen können.

Das mühte ihn erst von Gemeindevorsteher klar gestellt werden. Aus dem Handgeleit heraus konnte der Gemeindevorsteher alle die Ansprüche...

Schöps Rittersheim (Sog.) berichtete über den Versuch, die 1932. Die Schuldfrage für die nach Verlegung eingeschuldeten männlichen...

gang der Zahl der Betriebe. Es entfielen während der Beratung juristische Bedenken darüber, ob die Beiträge noch für 1931 erhoben werden können...

Beirat gab erläuterte anschließend den Plan der Verbesserung der Durchgangstraße Leuna - Dürrenberg beim Kaiserberg Dürrenberg. Wir berichteten bereits über die Vorlage...

Eine lange Debatte nahm die Beratung über die Errichtung von 40 Eigenheimen auf Grund der von der Papenregierung zum Preise der Arbeitsbeschaffung ausgenommenen 20 Millionen Mark in Anspruch...

Auf die Frage vorher vom Gemeindevorsteher Cornelis vorgebrachte Frage, hinsichtlich der in Punkt 1 entfallenden Debatte, daß die Arbeit des Gemeindevorstehers nicht anerkannt werden, erklärte ihn Herr...

Verwaltung bezüglich der Finanzierung kein unangenehmer Optimismus die Heber geführt hat.

Auf ein Teil der Bürgerlichen warnt vor übertriebenem Optimismus, zumal auch anzunehmen sei, daß bei der geringen Summe, die das Reich als Baudarlehen zur Verfügung gestellt hat, in Leuna nur sehr wenige Eigenheime errichtet werden können...

Bei der Vereinbarung mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse Leuna, die Wohnheimübernahme wie bisher als Mitglieder der Kasse zu behandeln, wird einstimmig festgestellt.

nachdem man im Vorjahr nur 11 Gemeindevorsteherwahlen gehabt hat, einstimmig beschlossen.

Einführung eines Schulungszertifikats innerhalb der Gemeinde Leuna. Mit Recht bezeichnete er den jetzigen Preistarif für ungerecht und unhaltbar.

anschließen Familien in der Stobtrondelung Dalwig (Hilfswohnung) für die oberen Zimmer von der Gemeinde Leuna und Dren...

Kreis Querfurt

Öffentliches Bekenntnis zur Freiheit der Gedanken und der Willen Front

Freya. In der Mitgliederversammlung der Eilenen Front am 9. Dezember, die von circa 100 Personen besucht war, sprach der Landtagsabgeordnete Reichsbild Dr. Fischer (Salle) zu dem...

Das der Arbeiterschaft wieder besser zu gestalten, als es uns die letzten Vorberatungen gebracht haben.

Darum muß jeder einzelne Arbeiter wieder Kampf machen und nicht die Arbeit, die Wirtschaft mit Sozialismus führen soll, anderen überlassen.

Saalkreis

Arbeitsbeschaffung aufgelöst

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat durch eine Verfügung vom 3. Dezember den Arbeitsbeschaffungsausschuss aufgelöst.

Dieses. Groteskes Reich hatte ein Sangfänger, der einem stehenden keinen Mitarbeiter mit Schuppen im Berte von etwa 150 M. entwendete.

Kreis Dessau

Politische Schulungsarbeit

In der Distriktsversammlung in Freitroa sprach Genosse Schwahn über das Thema: Kampf gegen die Reaktion, für die sozialistische Aktion.

Deutscher Stadttag

Am Donnerstag, dem 15. Dezember, um 15 1/2 (3 1/2) Uhr, im Rathaus, Stadthofmüllerei, Saal: Straßengräben-Gravationsfrage, Wohnung...

Westen vormittag 10 Uhr entfiel dem Schuppen der Firma Dobner, Angerstraße, durch Unachtsamkeit ein Autoverbot, welcher einen kleinen Schaden verursachte.

Rechtlich. Schlingenscheiter in der Volksidee. Der eine hier abgebildeten Exlibris wurden etliche Schlingen gefunden, in denen sich Kandidaten gefangen hatten.

Eilenburg

Ein Cyber der Romanist wurde der 16jährige Hülfelehrer D. Kühn, Eilenburg, Straße 80 wohnhaft, er nahm sich am 26. November ein...

Weißer Zähne: Chlorodont

Theaterverein Merschburg

Nach Theaterverein Merschburg wird am Mittwocham 23 Uhr und abends 8 Uhr ein Weihnachtsstreich mit Tanz, Gesang und Orchestermusik...

Anlaufordnung fällt aus

Der Vortrag über Sozialismus, der heute abend bei den Parteifreunden in Leuna dem Genossen Schuler...

Merschburgs Einwohnerzahl hat sich gehalten. Bei der Bevölkerungszählung für 1932 hat 31 773 Einwohner gezählt worden...

Die Salzfalten für Kriegsbekämpfte und Kriegserkrankte werden am Mittwoch und die Unterbringung an Sozialrenten am Donnerstag in der Zeit von 8.30 bis 12 Uhr im „Kino“...

Parteilosen!

Beachtet den Verarmungsplan der Partei!

Streiflichter aus dem Wiederkehrer Solichlagsprozeß

a. Vor dem Leipziger Schwurgericht begann jetzt ein Prozeß gegen fünf Wiederkehrer-Anführer, die des Solichlags bzw. des schweren Sachverbrechens beschuldigt werden.

Was ein vorbereitetes Sturm auf das Kommunistenkollektiv durchgeführt haben und in dem Durcheinander auf der Welt dünkten Strahe ihren eigenen Parteigenossen...

„Der ansatz wie ein Würder“

Wie so ein Würder nun genau ansieht, konnte man leider nicht erfahren; vielleicht haben die Herrschaften auf der dunklen Strahe nur einen einzelnen „E-Mann“ hermanen.

Die interessanteste Figur von dem Vordersitz am 19jährige Zimmermann Serbert Veder. Serbert war früher eifriges Mitglied der Kommunistischen Partei und war auch bei Hof-Front tätig.

Was denn, so berichtet er freudig, war das Zusammenarbeiten zwischen SPD. und Nazis sehr gut. Niemand haben sie sich gegenseitig die Halssteine überstülpt.

Nachdem die Brüder Veder vollständig verlogten, konzentrierte sich das ganze Interesse auf den nunmehr einzigen Befragungsgenossen Serbert Schölze.

Am Nachmittag des zweiten Verhandlungstages markierten die Entlassungsgeusen auf, aus deren Befragungen der Solich geusen werden muß, daß die Nazis die Verbrechen...

In jede Küche gehören: MAGGI's Erzeugnisse

Würze Suppen Fleischbrühe sie helfen sparsam wirtschaften

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219321213-12/fragment/page=0005

